

Agenda 2010 und die Gewerkschaften

Vortrag von Friedhelm Winkel beim Treffen der AG Sozialpolitik der Gewerkschaftslinken am 6.9.03 in Frankfurt a.M

I. Protest-Beispiel

Initiativantrag Verdi-Bezirk Südniedersachsen (Göttingen), Personengruppe Erwerbslose (27.8.2003):

"Der Bezirksvorstand Verdi Südniedersachsen beschließt, sich gegen die geplanten "Hartz-Gesetze 3 und 4" zu wenden, öffentlich dagegen zu protestieren, die Gegenwehr mit zu organisieren und diesen Protest auch und insbesondere in die Betriebe und Verwaltungen hinein zu tragen. Dabei ist der Gesamtzusammenhang der derzeitigen Sozialabbaukampagnen (Agenda 2010, Gesundheitsreform, Steuerreformen etc.) immer hervorzuheben. Zusammen mit anderen DGB-Gewerkschaften, den Erwerbslosen und möglichen weiteren Bündnispartnern aus der sozialen Bewegung (Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, freien Gruppen etc.) werden Presserklärungen, Veranstaltungen, Informationsmaterialien etc. erstellt und mitgetragen. Darüber hinausfordert der Bezirksvorstand den Verdi-Bundesvorstand auf, ebenfalls öffentlich über Hartz 3 und 4 zu informieren, dagegen zu protestieren und den Widerstand mit zu mobilisieren. ...

Diese Angriffe richten sich nicht nur gegen die Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen, Kranke und RentnerInnen, sondern auch und gerade die Beschäftigten und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen."

Der Antrag wurde bei nur einer Enthaltung und ohne Gegenstimme durchgesetzt.

Soweit ein Beispiel für viele aus einzelnen Gliederungen der unteren, teilweise auch mittleren Ebene von Verdi, ähnlich in anderen Gewerkschaften. Die Umsetzung in die Praxis und vor allem die Politik der Gesamtorganisationen -Einzelgewerkschaften und DGB- sieht jedoch völlig anders aus.

II. Verarmung - Verschuldung - Verteilungskampf

Der Vorsitzende des IG BAU-Bezirk Berlin, Lothar Näthebusch, erklärt zur Lage von Bauarbeitern (Interview in der Jungen Welt vom 15.5.2003): *"Viele Kolleginnen und Kollegen sind wütend über die geplanten Maßnahmen, da sie unmittelbar betroffen sind. Wir haben im Baubereich sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die arbeitslos sind, teilweise langzeitarbeitslos, und die betrifft das natürlich ganz besonders. Es gibt viele, die bereits von Sozialhilfe leben müssen und befürchten, daß durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Leistungen noch weiter abgesenkt werden. Wir haben jetzt bereits viele Kolleginnen und Kollegen, die am Existenzminimum leben. ... Es geht nicht mehr um Einzelfälle. Durchschnittlich beträgt die Arbeitslosigkeit in der hiesigen Bauwirtschaft 35 %, und in Berlin sind es über 50 %. Selbst zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise, Ende der zwanziger Jahre, war in der Bauindustrie die Arbeitslosigkeit nicht so hoch wie heute."*

Zusätzlich zur individuellen Verarmung durch Reallohnsenkung und Erwerbslosigkeit werden wir belastet durch den Verschleiß, die Zerschlagung und die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur in allen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung für weniger Betuchte. Die öffentlichen Kassen sind leer, weil die Profitraten durch Minimalisierung der Unternehmenssteuern stabilisiert werden, die Sozialversicherungen bluten aus durch die Arbeitslosigkeit, und dort, wo man noch versucht, die Lächer zu stopfen, belastet man immer mehr die Lohnerwerbstätigen. Es handelt sich um eine breite Umverteilung von unten nach oben, d. h. um einen von den Unternehmen in ihrem Sinne erfolgreich geführten Klassenkampf, dem wir zu wenig entgegensetzen - trotz eines im internationalen Vergleich beachtlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrades. *"Die Steuern auf Löhne und Gehälter beliefen sich 1980 auf 15,8 %, im Jahr 2000 auf 19,4 %, die darauf bezogenen Beiträge zur Sozialversicherung stiegen von 12,8 % auf 16,1 %. Auf Gewinne und Vermögenseinkommen wurden 1980 noch 15,3 % Steuern erhoben, 2000 nur noch 6,7 %."* (SOZ vom 8.8.2003).

III. Agenda 2010: umfassender Abbau

Da dies alles den Unternehmern noch nicht reicht und Rot-Grün unter dem Druck der durch Steuerausfälle geleerten öffentlichen Kassen steht, wird immer wieder nachgelegt. Hier noch mal eine kurze Zusammenfassung der Agenda 2010 laut Regierungserklärung vom 14. März:

Erwerbslose:

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, und zwar auf der Höhe der letzteren, im Klartext: die Arbeitslosenhilfe wird gestrichen, ungeachtet jahre-/jahrzehntelang eingezahlter Versicherungsbeiträge;

Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (derzeit durchschnittlich 1218 € individuell abhängig vom vorherigen Verdienst) auf 12 Monate (für über 55-Jährige auf 18 Monate), nach dieser entfällt Arbeitslosenhilfe, beginnt Sozialhilfebezug (verdienstunabhängig, nach heutigem Stand etwa 310 € plus Mietaufwand für eine "angemessene", d. h. bescheidene Wohnung);

Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien, ein übliches Rezept, den Druck auf Arbeitslose zu verstärken;

Rentenversicherung:

die Rentenversicherung soll "nachjustiert" werden, d. h. Rentenreformen ohne Ende;

Krankenversicherung:

in dem System der Krankenversicherungen sollen Marktbeziehungen verstärkt werden, vor allem zwischen Krankenkassen und Ärzten;

um den Beitragssatz der Krankenkassen von zur Zeit durchschnittlich 14,3 % auf 13 % zu senken, sollen rabiate Einschnitte vor allem zulasten der Patienten vorgenommen werden: Gebühren für Arztbesuche, Ersetzung des Krankengeldes durch eine Zusatzversicherung;

Kündigungsschutz:

Aufweichung des Kündigungsschutzes: Kleinstunternehmen (bisher unter fünf Beschäftigten) dürfen in unbegrenzter Zahl befristet Beschäftigte einstellen, die von der Kündigungsschutzklausel (§ 23 KSchG) ausgenommen sind;

die Sozialauswahl (d. h. nach § 1 Abs 3 Kündigungsschutzgesetz die Berücksichtigung "sozialer Gesichtspunkte" - Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltspflichten- bei Entlassungen aus betrieblichen Gründen) soll von der Verständigung zwischen Betriebsrat und Unternehmer abhängig gemacht, d. h. de facto abgeschafft werden - der ökonomischen Epressung ist Tür und Tor geöffnet, der Unternehmer kann bei Auftragsflaute die Leistungsstarken horten und dafür die Älteren rausschmeißen, die dann auf dem Arbeitsmarkt auch keiner mehr will;

falls das nicht reicht, kann der Kündigungsschutz mittels neuer Abfindungsregelung abgekauft werden;

Gewerkschaften:

offensichtlich aus Frust über das Scheitern der Bündnisse für Arbeit droht die Bundesregierung vorsorglich mit gesetzlichen Maßnahmen gegen die Tarifautonomie, d. h. gegen die Gewerkschaften.

IV. Gewerkschaften - Sozialabbau mitgestalten oder Opposition dagegen?

Die sogenannte Reformagenda des DGB

Im Folgenden stützt sich die Darstellung der inhaltlichen Position der DGB-Gewerkschaften zum Sozialabbau unter rot-grüner Regierung auf die am 8. Mai 2003 veröffentlichte "wirtschafts- und sozialpolitische Reformagenda" des DGB mit dem Titel "Mut zum Umsteuern - für Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit" sowie auf sogenannte Minderheitsvoten in verschiedenen Kommissionen, insbesondere der Rürup-Kommission zum weiteren Abbau des Gesundheits- und Rentensystems. Die vom DGB aufgestellte Reformagenda wurde von allen acht Einzelgewerkschaften übernommen. Die erwähnten Minderheitsvoten sind ziemlich sinnlos, denn die Beteiligung von gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären an Kommissionen wie Hartz und Rürup signalisiert eben grundsätzlich Zustimmung und Mittäterschaft. Dies steht für die Führungen der Gewerkschaften und eben auch die überwiegende Masse der Mitgliedschaft außer Frage, auch dann, wenn in Teilen der Unmut wächst und sich Ausdruck zu schaffen versucht. Gerade dann sucht die Führung den Schulteranschlag mit Kapital und Regierung, um im Sinne klassenübergreifenden Gemeinwohls den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Den ideologischen Überbau für den Grundsatz der Klassenzusammenarbeit liefert das Kaufkraftargument, daß sich durch alle offiziellen sozialpolitischen Veröffentlichungen durchzieht. Es besagt, daß die Unternehmen ein Interesse haben müßten, daß genügend Kaufkraft, eben auch in Form von Lohn, vorhanden ist, damit sie ihre Waren absetzen können (volkswirtschaftlich verdreht heißt das: die Binnennachfrage stärken). Dieses Argument abstrahiert völlig von der wirklichen Verfaßtheit der kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist bekanntlich keine Planwirtschaft, sondern ein wüstes Konglomerat voneinander unabhängig planender Einzelsubjekte. Jeder einzelne Kapitalist hat zwar Interesse an Kaufkraft in den Taschen von Lohnabhängigen, aber sie darf nicht seinen eigenen Gewinn schmälern, und deshalb wehrt er sich nicht nur gegen Lohnerhöhungen, sondern versucht Lohnkosten zu drücken, wo es nur geht. Gewerkschaften, die dies geflissentlich übersehen, zeigen damit, daß ihnen Klassenharmonie über alles geht und daß sie nicht gewillt sind, Widerstand auf der Grundlage der Interessen von Lohnabhängigen zu mobilisieren. Dies ist die Realität, mit der wir seit Bestehen der Bundesrepublik zu tun haben.

Die Reformagenda des DGB, die die praktische Politik der DGB-Gewerkschaften zutreffend beschreibt, besteht aus fünf Punkten:

1. Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Der DGB appelliert an "*Bund und Länder* (und deren) *Verantwortung für die positive Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt.*" Er plädiert für anti-zyklische Finanzpolitik, d. h. in guten konjunkturellen Zeiten Geld zurückzulegen, das in schlechten Zeiten zur Konjunkturstütze ausgegeben werden kann, und fordert zusätzlich ein Investitionsprogramm. Dabei blendet er aus, daß das Kapital an einer Wirtschaftslenkung durch den Staat und die Kosten dafür nicht interessiert ist, so daß es mit einem solchen Appell nicht getan sein kann. Jedenfalls ist es nicht das, was ein Bundeskanzler Schröder unter "*aktivierender Wirtschaftspolitik*" versteht - das nämlich steht in Agenda 2010. Des weiteren schlägt der DGB unter diesem Punkt vor, zur Stärkung der Binnennachfrage und für mehr Steuergerechtigkeit diejenigen Teile der Steuerreform vorzuziehen, die geringe und durchschnittliche Einkommen stärken, sowie die Vermögensteuer wieder einzuführen. Auch hier argumentiert der DGB rein

technokratisch im Sinne eines fiktiven Allgemeinwohls, ohne auch nur ansatzweise die treibenden Klasseninteressen hinter der Steuerreform zu benennen.

2. Reform der Abgabenbelastung: Hier betet der DGB die herrschende Lehre nach, daß die "*Verteilung und Belastungen von Steuern und Abgaben in Deutschland beschäftigungsfeindlich*" sei. Er stellt sich damit schützend vor die eigentlichen Verursacher, nämlich die Unternehmer mit ihren Profitinteressen. Damit werden diese von vornherein in die Problemlösung einbezogen und können ihre Interessen geltend machen. Es folgt daher auch kein politisches Konzept zur Heranziehung von Unternehmensgewinnen und großen Vermögen für gesellschaftliche Aufgaben, sondern ein technokratischer Vorschlag für den "*Einstieg in eine neue Finanzarchitektur für Sozialversicherungen*", in der Elemente von "Bürgerversicherung" mit Freibeiträgern und steuerfinanzierten Zuschüssen verbunden werden.

3. Reform der solidarischen Sicherungssysteme: Hier kümmert sich der DGB um Unternehmersorgen; er plädiert für die Entlastung personalintensiver Betriebe von Sozialabgaben, die Erweiterung der Sozialversicherungen in eine allgemeine Bürgerversicherung (die also Unternehmensgewinne nach wie vor schont), mehr "Wettbewerb" im Gesundheitswesen und schließlich eine "*Offensive für Arbeit und Qualifizierung*". Damit wird erneut das kapitalistische Wirtschaftssystem entschuldigt: Wir selbst müssen für dessen Folgen aufkommen, indem wir alle zusammenlegen, was wir noch haben, und uns mächtig ins Zeug legen, um unsere Arbeitskraft den Anforderungen unserer Ausbeuter anzupassen. Positiv ist allein zu vermerken, daß der DGB sich unter diesem Punkt gegen die Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe mit all ihren Folgen wendet, weil dies ein "*folgeschweres Absinken des gesamten Qualifikationsniveaus*" bedeutet.

4. Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt: Mit der Forderung "*Eine wirksame Beschäftigungsstrategie muß ... bei einer neuen Arbeitszeitflexibilität ansetzen*" geht der DGB noch weiter auf Unternehmerinteressen zu. Von ökonomischer Erpressung einzelner Beschäftigter, mit der formale Autonomie in faktische Unterwerfung unter die Bedürfnisse des Betriebes verwandelt wird, findet sich in der heilen Welt dieses Fünf-Punkte-Plans kein Wort. Im Gegenteil: Als "*neue zusätzliche Flexibilisierungsmöglichkeiten für Betriebe und Unternehmen*" werden außerdem Mini-Jobs und Leiharbeit positiv gewürdigt.

5. Wachstum und Beschäftigung durch innovative Tarifpolitik und Mitbestimmung: Dem "Zeitgeist" entsprechend, betont das Papier zunächst, daß Tarifverträge doch gar nicht so starr seien, sondern viele Möglichkeiten der Flexibilisierung böten. Anstatt klipp und klar auf der Schutzfunktion von Tarifverträgen zu bestehen, biedert man sich erneut dem Gegner und der von ihm beherrschten Medienöffentlichkeit an. Deutlicher kann man kaum zeigen, daß man auf die Vertretung eigener Interessen und die Mobilisierung eigener Kraft keinen Wert legt. Die höheren Gewerkschaftsfunktionäre sind durchaus bereit, Tarifautonomie als Schutzfunktion zu opfern, wenn ihnen nur das formale Mitspracherecht erhalten bleibt. Dafür fordern sie rechtliche Absicherung wie das Verbandsklagerecht und das Tariftreuegesetz, die beide bisher nicht zustande gekommen sind. Der Nutzen davon ist für uns aber sehr begrenzt, wenn davon in gewissen Fällen gar kein Gebrauch gemacht werden soll und die Mitgliedschaft ohnehin so wenig wie möglich einbezogen wird. In dieses Interesse paßt es auch, daß das Papier sich -immerhin- gegen betriebliche Bündnisse für Arbeit ausspricht. Praktiziert werden sie leider trotzdem. Typischerweise folgt nämlich in diesem Punkt unter dem Stichwort "Mitbestimmung" noch ein langer Katalog von betrieblichen Maßnahmen, über die sich Gewerkschaft und Betriebsrat im "Krisenfall" schnell sozialpartnerschaftlich mit dem Unternehmer einigen können. Einschränkend wird nur verlangt, daß all dies im Rahmen der Tarifautonomie (nicht etwa durch Gesetze) geschieht.

Einzelgewerkschaften

Wie bereits erwähnt, stimmen die Einzelgewerkschaften der DGB-Reformagenda zu und machen sie zur Grundlage ihrer Politik. Es darf nicht übersehen werden, daß es in vielen Gliederungen der Einzelgewerkschaften und des DGB Beschlußlagen (wie die eingangs erwähnte) gibt, die die Agenda 2010, Hartz, Rürup etc. strikt ablehnen und zum Protest aufrufen, aber auf dem Weg nach "oben" in der gewerkschaftlichen Hierarchie sind sie bisher alle versandet. Die Realität sieht anders aus:

Verdi:

Ein Rundschreiben des Bundesvorstandsbereichs "Wirtschaftspolitik" vom August 2003 sieht "*Wirtschaft und Sozialstaat am Abgrund - Schröder verkündet Sprung vorwärts*". "*Durch immer neue Kürzungsmaßnahmen und Umverteilung von unten nach oben wurde die Binnennachfrage geschwächt und die Krise verlängert*." Es werden einzelne Aspekte aufgeführt wie die Steuerreform, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Gesundheitsreform, die Gemeindesteuerreform, weitere Kürzungen bei den Renten, Einschränkungen des Kündigungsschutzes und Drohungen gegen die Tarifautonomie. Das alles sei unsozial und schwäche die Binnennachfrage (Kaufkraft-Argument, s. o.). Zusammenfassend kommt auch Verdi nicht zu einer grundsätzlichen Kritik kapitalfreundlicher Politik, sondern lediglich zu der Bewertung, diese Politik erhöhe "*nur die Dosis einer falschen Medizin*." Im folgenden werden Vorschläge hinsichtlich Steuergerechtigkeit und Stärkung der Staatsfinanzen sowie zu einem Investitionsprogramm (s. DGB) gemacht. Zur Rürup-Kommission äußert sich der Bundesvorstandsbereich "Sozialpolitik/Gesundheitspolitik" im Sinne des o. a. Minderheitsvotums der gewerkschaftlichen Mitglieder: Der späterischen Argumentation mit der demografischen Entwicklung (Generationenausgleich "*jung gegen alt*") wird nicht einmal ansatzweise ein Hinweis auf die Kapital- und Standesinteressen im Gesundheitswesen und in der Rentenfrage entgegenge-

halten, sondern lediglich technokratische Vorschläge entwickelt, wie man es besser machen könnte (z. B. die Vereinfachung des Zulagenverfahrens bei der Riester-Rente). Diese Beispiele mögen genügen.

Die Unzufriedenheit mit dieser Politik ist jedoch gerade bei Verdi auf der unteren bis zur mittleren Ebene sowie denjenigen Fachbereichen verbreitet, in denen Berufe des Gesundheitswesens, der Sozialversicherungen und der Sozialarbeit organisiert sind. Interessant sind Resolutionen der Verdi-Betriebsgruppe des Arbeitsamtes Duisburg vom 28. März 2003 oder der Bundeskonferenz der Verdi-Jugend vom 24. April 2003, in denen jeweils aus spezifischem Blickwinkel zum Widerstand gegen die Agenda 2010 aufgerufen wird. Der Wirkungsgrad ist, wie oben erwähnt, infolge der politischen Schwäche und Vereinzelung jedoch noch gering, insbesondere der Aufruf der Verdi-Jugend zum Generalstreik ist derzeit völlig illusorisch. Grundsätzlich weisen diese Ansätze aber in die richtige Richtung und müssen unterstützt werden, damit der Widerstand wächst und Ausdruck findet.

IG Metall:

Der neugewählte Vorsitzende Peters schlägt in die gleiche Kerbe wie der Verdi-Bundesvorstand: Dem "simplen Abbau" seitens der Rürup-Kommission stellt er antizyklische Finanzpolitik und ein Investitionsprogramm entgegen. Die Finanzierung der Sozialversicherungen müsse durch "Bürgerversicherung" auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Herausnahme von Krankengeld und Zahnersatz aus der paritätischen Finanzierung wird abgelehnt. Viele Redebeiträge des IG Metall-Gewerkschaftstages im August wandten sich gegen die Agenda 2010. Dies muß fortgesetzt werden.

An dieser Stelle wäre einiges zu sagen zu der Erwartung, daß die schließlich doch durchgesetzte Wahl von Peters zu einer mehr kämpferischen Ausrichtung der IG Metall führen könnte. Eine genauere Auseinandersetzung mit der in bürgerlichen Medien als "Führungskrise" der IG Metall beschriebenen Entwicklung der letzten Monate würde allerdings den hier gesetzten Rahmen sprengen. Deshalb muß der Hinweis genügen, daß unsere gewerkschaftlichen Probleme nicht durch Besetzung von Spitzenposten von oben gelöst werden können. Selbstverständlich ist Peters kein Rebell, sondern ein Sozialdemokrat der alten (keynesianischen) Schule, der schon manchen sozialpartnerschaftlichen Kompromiß mit dem Kapital geschlossen hat (z. B. VW, 28-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich); überdies steht er nicht allein an der Spitze, sondern seiner Wahl ging ein Kompromiß mit dem Huber-Flügel voraus, der für die kommende Entwicklung Rahmenbedingungen setzen wird. Die Niederlage im Metall-Streik in Ostdeutschland hat die IG Metall in der Debatte um die Arbeitszeitverkürzung noch mehr in die Defensive gedrängt.

IG BAU

Die IG BAU hat im Widerstand gegen die Riester-Rente eine positive Rolle gespielt, diese inzwischen jedoch aufgegeben. Der Vorsitzende Klaus Wiesehügel saß zuletzt in der Rürup-Kommission. Nunmehr empfiehlt die IG BAU die oben beschriebene Reform-Agenda des DGB und lehnt die Agenda 2010 ab, ohne sich damit von der SPD distanzieren zu wollen. Seit Juni werden sozialpolitische Konferenzen in den einzelnen Regionen der Gewerkschaft durchgeführt, die im September abgeschlossen sein sollen. Auf der Internetseite der IG BAU ist eine Studie zu den Folgen der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe für Bauarbeiter abrufbar.

IG BCE

Der Vorsitzende Schmoldt hat bereits im Juni dazu aufgerufen, die Agenda 2010 zu akzeptieren. Der Protest dagegen habe nichts gebracht, man müsse sich jetzt auf den Boden der Tatsachen begeben. Die IG BCE bewährt sich erneut als diejenige Gewerkschaft, die im Interesse des Kapitals als erste möglichen Widerstand durch aktive Spaltung verhindert. Man wolle jetzt versuchen, so Schmoldt in der bürgerlichen Tagespresse, "Verbesserungen" für Langzeitarbeitslose in der parlamentarischen Lobbyarbeit zu erreichen. Da gibt es freilich nur eine beschränkte Auswahl: 1. "links"-sozialdemokratisch: die Dosis des Sozialabbaus abschwächen; 2. liberal-konservativ: die Dosis erhöhen, um auf Kosten anderer zu retten, was noch nicht ganz verloren scheint.

Transnet

Die Führung der Gewerkschaft der Eisenbahner hat sich frühzeitig auf die Seite der IG BCE gestellt. Teile der Basis (z. B. Initiative "Bahn von unten") haben dagegen protestiert. Die Bahn leidet insbesondere unter der Privatisierung. Immer mehr Ausschreibungen im Nahverkehr gehen an die Konkurrenz verloren. Dies kostet Arbeitsplätze bei der Deutschen Bahn, die Betroffenen gehen entweder in die Arbeitslosigkeit, in die bahneigene Leiharbeitsfirma oder eben zur Konkurrenz der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, deren Tarifvertrag mit Verdi erheblich schlechter ist als der zwischen Deutscher Bahn und Transnet.

NGG

Auch die NGG hat sich der Haltung der IG BCE angeschlossen, obwohl gerade die Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes unter prekären Arbeitsverhältnissen zu leiden haben. Vielleicht hofft auch die NGG, durch kooperatives Verhalten in diesem Bereich zu minimalen "Verbesserungen" zu kommen.

GEW

Die GEW beschränkt sich auf Bundesebene auf Aussagen zur Bildung. Einzelne Gliederungen, z. B. Unterfranken, verlangen Widerstand gegen den "Klassenkampf von oben" (Resolution vom 24. Mai 2003).

GdP

Die Polizei möchte natürlich mehr Sicherheit.

Die praktische Seite

Insgesamt ist in den Gewerkschaften der Wille zur Auseinandersetzung und die Widerspiegelung in Medien und praktischen Aktionen derzeit äußerst gering. Statt von einem Bruch der Gewerkschaften mit der SPD zu träumen, müssen wir uns der Tatsache stellen, daß die Gewerkschaften den Widerstand gegen die Agenda 2010 und den Sozialabbau faktisch aufgegeben haben. Drei Beispiele mögen genügen:

1. Die Mobilisierung gegen die Agenda 2010 wurde vollmundig begonnen, halbherzig durchgeführt und kleinlaut beendet. Die schwache Beteiligung an den Demonstrationen im Vorfeld des SPD-Sonderparteitages, auf dem die Agenda 2010 zum Parteiprogramm erhoben wurde, wurde von DGB-Chef Sommer als Rechtfertigung benutzt, jeden weiteren Widerstand abzublasen. Die Einzelgewerkschaften folgten, allen voran die IG BCE.
2. Inzwischen haben die Gewerkschaften Tarifverträge zur Leiharbeit abgeschlossen und damit das "Herzstück" der Hartz-Reformen unterstützt. Die Funktionäre und Gremien, die dies umgesetzt haben, wissen durchaus, was sie tun: Neben dem ökonomischen Druck der Massenarbeitslosigkeit sind prekäre Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Leiharbeit, der wichtigste legale Hebel für Unternehmer, Tarifverträge, Kündigungsschutzbestimmungen etc. zu umgehen. Aber ebenso legal möchten Gewerkschaftsfunktionäre, die in Klassenkampf keine Zukunft und in Basismobilisierung keinen Sinn sehen, mit am Tisch der Herrschenden sitzen und ihre Existenzberechtigung in Tarifabschlüssen beweisen.
3. Hier einzurechnen ist auch die Niederlage der IG Metall im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland, denn dies gibt den Befürwortern von Arbeitszeitverlängerung Auftrieb. Die Ursache der Niederlage in einzelnen Mängeln der Streikstrategie im Osten zu suchen, ist nicht ganz falsch, geht aber am Kern vorbei. Der Kampf ist hauptsächlich deswegen gescheitert, weil die IG Metall ihn führte wie eine regionale Tarifeinsetzung, obwohl er für die gesamte Organisation eine zentrale Bedeutung hatte. Sie versäumte es daher, ein Gesamtkonzept zu entwickeln und auf dieser Grundlage die westdeutschen IGM-Mitglieder auf Solidaritätsaktionen vorzubereiten.

V. Gewerkschaftslinker - organisiert einmischen

Mit der Agenda 2010 geht es nicht nur um die Senkung von Sozialkosten, die Bereinigung der Sozialstatistiken und Druck auf Erwerbslose/SozialhilfeempfängerInnen, sondern dies alles sind Mittel zum Zweck zur Etablierung eines Niedriglohnssektors in möglichst tarif- und rechtsfreiem Raum. In diesem Zusammenhang wird häufig gesprochen von der Erosion des Flächentarifvertrages bis zu seiner völligen Abschaffung, der Zerschlagung der Gewerkschaften bis hin zur Rückkehr in Zustände des unregulierten Kapitalismus des 19. Jhdts. Dieser Vergleich trifft m. E. nur eine Tendenz, jedoch nicht das angestrebte bzw. realistische Ziel. Die Geschichte läßt sich nicht einfach zurückdrehen. Die im 19. Jhd. aufkommende Arbeiterbewegung stand vor der Aufgabe, für sich als ganze und für jedes ihrer Mitglieder (deren Zahl durch Ausweitung der kapitalistischen Industrialisierung und Proletarisierung der Landbevölkerung immer noch wuchs) Rechte, lebenswerte Verhältnisse und soziale Anerkennung am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft, in der Politik usw. zu erkämpfen. Dies war z. T. verbunden mit revolutionären Vorstellungen einer ausbeutungs- und herrschaftsfreien Gesellschaft, z. T. aber auch schlicht mit Vorstellungen einer Hebung der Lebensbedingungen, die dem Sozialstaat, wie wir ihn seit Jahrzehnten kennen, nicht unähnlich waren. Letztere haben sich realgeschichtlich durchgesetzt (von Bernstein bis Naphtali, Faschismus, Sozialpartnerschaft nach dem II. Weltkrieg - auf Einzelheiten ist hier zu verzichten). Die Arbeiterklasse wurde zunächst in die bürgerliche Gesellschaft integriert (Abschluß: Novemberrevolution 1918), die klassische Arbeiterbewegung später allmählich zersetzt (politische Wende um 1989, New Labour, Rot-Grün - auf Einzelheiten ist hier zu verzichten).

Im 19. Jhd., vor dem Entstehen der klassischen Arbeiterbewegung, war die Arbeiterklasse insgesamt rechtlos, heute -nach deren politischen Ende- ist ihre Lage differenziert: Es gibt einen Kern von prinzipiell tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen und eine immer breiter werdende Sphäre von ungesicherten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit, Schwarzarbeit bis hin zu gefestigter Arbeitslosigkeit. Dies hat es zwar auch früher gegeben, aber als Randerscheinung, die die Verhältnisse im tariflich gesicherten Kern nicht berührte. Inzwischen hat sich dies massiv geändert. Die frühere Randzone ist so breit, daß sie zur Normalität zu werden beginnt. Zwischen Kern und Randzone droht eine der Apartheid ähnliche Situation (deutlich etwa beim unterschiedlichen Status von Stamm- und Leiharbeitern in einem Betrieb bzw. in der gewerkschaftlichen Organisation), in der allerdings -anders als in der bekannten rassistischen Form- die ökonomisch bestimmte Differenzierung der Lohnarbeiterschaft immer im Fluß ist. Wer im Kern ist, kann sich nicht sicher fühlen. Die Verhältnisse zwischen Kern und prekären Schichten, innerhalb des Kerns und innerhalb der prekären Schichten sind immer umkämpft, je nach der ökonomischen/branchenspezifischen/regionalen Entwicklung, den Interessen der Unternehmerschaft, den sozialen Bedürfnissen und Konflikten innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung, von politischen Faktoren usw. Wer sich im Kern fühlt -gefährdet, aber eben noch relativ gut gestellt-, neigt in Krisenzeiten dazu, "Randgruppen" als Bedrohung und als Gegner zu sehen, die unter Kontrolle zu halten sind. Diese, als erste angegriffen, haben nicht die Kraft, ihre Gegenwehr zu organisieren und lange durchzuhalten.

Dem Kapital ist dieser Zustand durchaus angenehm. Es hat diese Situation wesentlich geschaffen und will sie nutzen, aber nicht, um die Gewerkschaften zu vernichten, sondern sie in Schach zu halten und als Ordnungsfaktor in Dienst zu nehmen. In der gesamten Geschichte nach dem II. Weltkrieg war dies immer sein Ziel, es ändern sich die Bedingungen, die konkrete Strategie und die Auswirkungen für uns.

Gewerkschaften organisieren traditionell den Kern und interessieren sich weniger -häufig nur verbal- für den Rand. Da der Kern schrumpft, sägen sie aber mit diesem Verhalten zunehmend am eigenen Ast. Auch wenn der tarifliche Kern institutionell erhalten bleibt -wovon nach meinem Dafürhalten auszugehen ist-, ist er vielfältig von Auszehrung bedroht, wird damit schwächer und qualitativ schlechter. Ganze Teile des Kerns (Großunternehmen, Branchen) können herausfallen, zudem ist niemand innerhalb des Kerns unersetzlich und damit sicher. Damit ist die Notwendigkeit zur Formulierung gemeinsamer Interessen und Herstellung von Aktionseinheit von Kern- und Randgruppen zur Formierung einer neuen Arbeiterbewegung -perspektivisch betrachtet- gegeben. Nur in einer solchen Verbindung spezifischer Interessen mit gleichem Grundinteresse kann die Konflikt- und Tariffähigkeit der Gewerkschaften dauerhaft verteidigt bzw. wiederhergestellt werden. Im Unterschied zum Kapitalismus früherer Epochen ist die Bedrohung für die Arbeiterklasse entsprechend ihrer weiter entwickelten Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr viel differenzierter, auch wenn sie weiterhin aus einer Quelle stammt, nämlich dem Kapitalverhältnis. So ist es heute nicht mehr möglich, Gewerkschaftsarbeit auf den Betrieb und im Betrieb Arbeitende zu beschränken.

VI. Perspektiven

Gewerkschaftsarbeit erweitern

Diese Aufgabe, den Blickwinkel traditioneller Gewerkschaftsarbeit zu erweitern und ein gehöriges Stück neu zu orientieren, kann nicht den Gewerkschaftsführungen, dem hauptamtlichen Apparat, behäbigen Gewerkschaftsgremien oder gar Betriebsräten überlassen werden, sondern muß organisiert von der Gewerkschaftslinken angepackt und in die Diskussion eingebracht werden. Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit kommen aufgrund ihrer festen Einbindung in Sozialpartnerschaftsbeziehungen aus eigener Kraft aus ihrer anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Defensive nicht heraus. Deshalb müssen auch außergewerkschaftliche Bündnispartner gefunden und aufgebaut werden, und zwar solche aus dem außerparlamentarischen Raum, die auf Politisierung der Auseinandersetzung im Sinne emanzipatorischen Fortschritts dringen. Hierbei sind betriebsäußerliche Sozialinitiativen -wie z. B. die aus der Gegenwehr gegen das Hartz-Konzept entstandenen Bündnisse- einzubeziehen.

Solche Ansätze brauchen wir, um gegen die Agenda 2010, Hartz, Rürup und alle ihre Nachfolger Widerstand zu organisieren und in Betriebe und Gewerkschaften hineinzutragen. Wir müssen den von den Herrschenden gewollten und verursachten Verteilungskampf innerhalb der Klasse (erwerbstätig gegen erwerbslos, jung gegen alt, Leistungsfähige gegen Kranke etc.) beenden und dies vielmehr als Klassenkonflikt (unsere Interessen gegen die Unternehmer, Kapitalismus als Ursache der sozialen Unsicherheit) offensiv deutlich machen. Dies sollten wir einerseits theoretisch erklären können, andererseits aber auch konfliktfähige Konzepte entwickeln, soweit wir nach unseren Möglichkeiten dazu in der Lage sind (die folgenden Überlegungen stellen noch kein Konzept dar, sondern eben Überlegungen).

Sozialsysteme verteidigen und ausbauen

Für alle drei Säulen der Sozialversicherung gilt, daß die immer weiter zunehmende Mehrbelastung der Beitragzahlenden kein Naturgesetz ist. Die hierzu verbreitete öffentliche Meinung ist objektiv falsch, weil sie die Ursachen der defizitären Entwicklung in der Massenarbeitslosigkeit und den sinkenden Reallöhnen verschweigt. Die soziale Sicherung ist keine Frage der demografischen Entwicklung (so wie auch die Versorgung einer Gesellschaft mit Nahrungsmitteln nicht allein von der Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten abhängt, sondern wesentlich von deren Arbeitsproduktivität). Kapital und Regierung nutzen die von ihnen zu verantwortende Situation zu weiterem Sozialabbau aus. Es handelt sich um eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses.

Die absolut steigenden Kosten aller drei Systeme (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) führen bei weiter sinkender Lohnquote (Anteil der Lohnsumme an allen Einkommen) immer wieder an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Gegen die weitere Belastung der Lohnabhängigen durch Sozialbeiträge oder die noch teurere Privatversicherung ist jedoch eine Alternative vorstellbar: die konsequente Umstellung der Finanzierung aus Löhnen/Gehältern auf die aus Steuern. Damit daraus nicht gleich ein neuer Lohnraub wird, sondern eine wirkliche Konsolidierung, müssen hierzu Unternehmenssteuern auf die Gewinne/die Wertschöpfung in den Betrieben durchgesetzt werden. Dies wäre eine konsequente Abkehr von Bismarcks Sozialsystem, aber zum Nutzen der Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen und Kranken. In dieser Form lehnen das alle Parteien natürlich ab, weil sie -offen oder verdeckt- Kapitalinteressen vertreten.

In der heutigen Situation, in der viele Menschen, gerade auch Gewerkschaftsmitglieder, sich von vorgeblichen -kapitalistischen- Sachzwängen beeindruckt lassen, können damit pragmatisch erste Alternativen in der Diskussion aufgezeigt werden. Mit diesem Ansatz wäre die individuell zuzurechnende Belastung der Löhne durch gesellschaftliche Aufgaben der sozialen Absicherung in Frage zu stellen, ebenso die geschürten Spaltungslinien innerhalb der Lohnabhängigen zwischen den Generationen (Rentenfrage) oder den Beschäftigten und den Erwerbslosen. Die in gewerkschaftlichen Gremien diskutierten Ansätze, die Steuer-

finanzierung meist nur als auszubauende Ergänzung vorsehen (vgl. o. a. DGB-Vorstandspapier) und daher völlig unzureichend sind, könnten damit vorangetrieben werden. Weitergehende Auseinandersetzungen darüber, etwa die Verteilung des Steueraufkommens für den Zweck der sozialen Absicherung, können die Verteilungsfrage zwischen Kapital und Arbeiterklasse vom Klassenstandpunkt deutlich machen (dies geschieht bei den derzeit öffentlich diskutierten Modellen sogenannter Bürgerversicherung eben nicht - deren Absicht ist vielmehr, das Kapital weiterhin aus der Schußlinie zu halten.).

Für eine solche Strategie müßten -vom heutigen Standpunkt aus- riesige Kräfte aus den Betrieben, von den Erwerbsloseninitiativen und von der Straße entwickelt werden. Die Auseinandersetzung darum wäre verschärfter Klassenkampf, wie er derzeit nur "von oben", d. h. von Unternehmerverbänden, Parteien und Regierungen betrieben wird. Vor allem aber muß die Gewerkschaftslinker deutlich machen, daß es um die Interessen aller Gruppen der Lohnabhängigen (beschäftigt oder erwerbslos) insgesamt geht. Dieses Klasseninteresse muß im Zentrum stehen, nicht Gruppeninteressen, nicht der "soziale Frieden" oder ein illusionäres Gemeinwohl, das in Wirklichkeit Profitinteressen der Unternehmen widerspiegelt. Nicht nur in Forderungen muß sich das Gesamtinteresse der Lohnabhängigen ausdrücken, sondern auch im konkreten gewerkschaftlichen Kampf, z. B. müssen Zeitarbeiter in die Stammebelegschaft aufgenommen, Ausgliederungen von Belegschaftsteilen zwecks Lohnsenkung bekämpft, in ausgegliederten Betrieben gewerkschaftliche Rechte durchgesetzt und nicht zuletzt die Rechte der Arbeitslosen, der prekär Beschäftigten, der Marginalisierten verteidigt werden.